

BERLIN AKTUELL

Newsletter von Patrick Schnieder MdB

Ausgabe 273 – 21. April 2023

Intro

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

diese Sitzungswoche stand im Zeichen der Beratungen über die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zum Steuerskandal der Hamburger Warburg-Bank und die Rolle von Olaf Scholz. Kreativ ist in diesem Zusammenhang nicht nur der Umgang von Olaf Scholz mit der Wahrheit (Stichwort: Erinnerungslücken), sondern auch die Erklärung der Ampel-Abgeordneten, warum ein Untersuchungsausschuss nicht notwendig sei.

Obwohl es zu einem guten Teil um Steueransprüche des Bundes geht und das Land die Steuer im Auftrag des Bundes erhebt, behauptet die Ampel dreist, der Bund sei für die Aufklärung nicht zuständig. Anstatt an der Aufklärung dieses Steuerskandals mitzuwirken, stellt die Ampel jede Kritik am Verhalten des Bundeskanzlers als Majestätsbeleidigung dar. Für mich ist klar: Gegen Transparenz wehren sich nur diejenigen, die etwas zu verbergen haben.

Herzliche Grüße

Ihr Patrick Schnieder

Untersuchungsausschuss zur Steueraffäre Scholz-Warburg kommt

Als CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben wir in dieser Woche die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum Scholz-Warburg-Steuerskandal beantragt. Das Landgericht Bonn hat in der vergangenen Woche die Anklage gegen den ehemaligen Chef und Mitinhaber der Hamburger Warburg-Bank Christian Olearius zugelassen. Im nun anstehenden Hauptverfahren wird es auch um die Kontakte von Olearius zum damaligen Hamburger Bürgermeister Olaf Scholz gehen. Die Zulassung der Anklage zeigt, dass auch die parlamentarische Aufklärung des Steuerskandals weitergehen muss.

Der Untersuchungsausschuss wird sich insbesondere mit der Frage beschäftigen, warum die Hamburger Steuerbehörden - im Unterschied zu allen anderen Bundesländern - auf Rückzahlungen aus den illegalen Cum-Ex-Geschäften in Millionenhöhe verzichtet haben und ob dies auf Betreiben von Scholz geschah. Nachdem die Hamburger Steuerbehörden 2016 Geld von der Warburg-Bank forderten, traf sich Olearius mehrfach mit Olaf Scholz. Im Anschluss verzichteten die Steuerbehörden auf ihre Forderungen. Der Finanzausschuss des Deutschen Bundestages hat alles versucht, um den Sachverhalt aufzuklären. In den Befragungen hat Olaf Scholz jedoch gemauert und auf angebliche Erinnerungslücken verwiesen. Die Wahrheit kommt dadurch nur scheinbar ans Licht. Dies macht die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses unausweichlich. Letztlich geht es dabei auch um die Frage, ob der Bundeskanzler das Parlament belogen hat. Wir wollen für Transparenz und Klarheit sorgen. Ein Bundeskanzler, der daran nicht aktiv mitwirkt, wird der Würde des Amtes nicht gerecht.

Zu meiner Rede: <https://www.youtube.com/watch?v=lzHODX5n114>

Ende der Kernkraft ist politischer Irrsinn

Am vergangenen Samstag wurden die letzten drei Kernkraftwerke in Deutschland abgeschaltet. Es ist politischer Irrsinn mitten in einer Energiekrise drei funktionierende und sichere Atomkraftwerke abzuschalten. Für die Grünen ist ihre Ideologie offenkundig wichtiger als die Versorgungssicherheit in Deutschland. Sie lassen lieber Kohlekraftwerke als klimafreundliche Atomkraftwerke laufen. Es ist bedauerlich, dass sie sich mit dieser Position gegen SPD und FDP durchsetzen konnten.

Für uns als CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist klar, dass die letzten drei Kernkraftwerke bis mindestens Ende 2024 weiter laufen sollten, um die Versorgungssicherheit in Deutschland zu gewährleisten und gleichzeitig klimafreundliche Energie zu produzieren. Wir sind zudem der festen Überzeugung, dass Forschung und Entwicklung von Kerntechnik und Kernfusion in Deutschland weiter möglich sein müssen.

Die Ampel geriert sich gerne als Klima-Koalition. In Wahrheit ist diese Regierung eine Kohle-Koalition.

Jahresbericht der Wehrbeauftragten ist Warnschuss für die Ampel

Die Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Eva Högl, hat in dieser Woche ihren Jahresbericht 2022 in den Bundestag eingebracht. Die Wehrbeauftragte beurteilt die Lage der Bundeswehr sehr kritisch – eine Bewertung, die wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion teilen.

Im Haushaltsjahr 2022 ist noch kein Cent aus dem Sondervermögen bei der Truppe angekommen. Die Bundesregierung muss endlich dafür Sorge tragen, dass die Beschaffung von Ausrüstung schneller voran geht. Das gilt insbesondere auch in Hinblick auf die Nachbeschaffung der Güter, die an die Ukraine abgegeben wurden. Auch hier zeigt der Bericht der Wehrbeauftragten deutliche Defizite auf.

Es ist zudem bereits heute klar, dass das Sondervermögen alleine nicht ausreichen wird, um die Bundeswehr vollumfänglich zur Wahrnehmung der Aufgabe der Landes- und Bündnisverteidigung zu befähigen. Außerdem hat die Bundeswehr ein erhebliches Personalproblem. Sie wird die Zielgröße von 203.000 Soldaten bis 2031 nicht erreichen können. Als CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützen wir den Vorschlag eines verpflichtenden Gesellschaftsjahrs. Mit diesem Pflichtjahr könnte die Bundeswehr mehr junge Menschen für den Dienst gewinnen. In der Ampel-Regierung zeigt sich Verteidigungsminister Boris Pistorius für den Vorschlag offen. Grüne und FDP lehnen das Gesellschaftsjahr jedoch vehement ab. Mal wieder verhindert der Ampel-Streit eine gute und pragmatische Lösung.

Die Woche im Bundestag

Die Sitzungswoche startete für mich am Montag mit einem Briefing durch Vertreter des Auswärtigen Amtes in Vorbereitung auf die Delegationsreise der Parlamentariergruppe Belgien-Luxemburg nach Belgien im Mai. Am Abend war Stephan Toscani, Partei- und Fraktionsvorsitzender der CDU Saar, in unserer gemeinsamen Landesgruppe Rheinland-Pfalz/Saarland zu Gast. Beim Frühlingsfest der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens war Gelegenheit zum Austausch mit Ministerpräsident Oliver Paasch und der Vizepräsidentin des Abgeordnetenhauses Berlin Dr. Bahar Haghanipour. Der Parlamentarische Abend des Gerolsteiner Brunnen drehte sich um das Thema Kreislaufwirtschaft. Den Abschluss der Woche bildete ein Besuch von Abgeordneten der CSV. Mit Friedrich Merz haben wir uns über die deutsch-luxemburgischen Beziehungen und die anstehenden Wahlen bei unseren Nachbarn ausgetauscht.

Die Woche im Wahlkreis

Die sitzungsfreie Zeit um Ostern habe ich für viele, interessante Termine im Wahlkreis genutzt. Während einer Exkursion der CDU Oberes Kylltal zum Kronenburger See wurde mit Bürgermeister Jan Lembach (Gemeinde Dahlem) über die Vereinbarkeit von Hochwasserschutz und Badetourismus gesprochen. Sehr gefreut habe ich mich über die Wiederinbetriebnahme des Abschnitts Kyllburg-Gerolstein der Eifelstrecke. Zudem stand die Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Bitburg-Prüm im Landesjagdverband Rheinland-Pfalz und ein Besuch beim Forst-Service RASKOP in Landscheid auf dem Programm. Die Luxemburger O-Metall Gruppe aus Heinerscheid eröffnete in Heidweiler einen weiteren Betrieb in Deutschland. Zu guter Letzt stellten sich die Wittlicher Sportvereine beim Sporterlebnistag im Eventum vor.

Impressum gem. § 5 TMG :
Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Patrick Schnieder MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 71884
E-Mail: patrick.schnieder@bundestag.de